

Antrag DZ-12: Entlastung bei Verwaltungsaufgaben

Antragsteller*in:	AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Status:	angenommen
Sachgebiet:	DZ - Demokratie & Zivilgesellschaft

- 1 Der AWO Bundesverband fordert die Bundesregierung und Landesregierungen auf, Vereine
- 2 ohne hauptamtliche Verwaltung von Verwaltungsaufgaben zu befreien. Es muss die
- 3 Möglichkeit geben, dass der Bezirks- oder Landesverband eine
- 4 Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen kann, damit ehrenamtlich geführte Vereine
- 5 von E-Rechnungen, Umsatz- und Einkommenssteuer und gesetzlichen Auflagen für
- 6 Unternehmen bezüglich Registereinträgen wie dem Transparenzregister befreit sind und
- 7 einen vereinfachten Datenschutz umzusetzen haben.

Begründung

Ehrenamtliche Vorstände von Vereinen in der Sozialen Arbeit müssen immer mehr Stunden in administrative Aufgaben investieren. Die Anzahl der geleisteten Stunden übersteigt für viele ein erträgliches Maß, zumal die Umsätze gering sind. Organisiert ein AWO Ortsverein Busreisen, kann bereits eine Umsatzsteuerpflicht mit einem großen Verwaltungsaufwand entstehen. Jedoch muss der Vorstand über diesen Umstand erst einmal Kenntnis haben, um steuerlich alles rechtmäßig zu beachten. Der Verein verfolgt mit diesem Angebot keinerlei Absicht, einen Gewinn zu erzielen, der einzige Zweck der Fahrt ist Teilhabe für die Senior*innen und Kostenneutralität für die Vereinskasse.

Freiwerdende Ämter in den ehrenamtlichen Vorständen wiederzubesetzen stellt sich in vielen Fällen als herausfordernd dar. Verstärkt treten ehrenamtliche Vorstände zurück, weil sie nicht mehr gewillt sind, viele Stunden für Bürokratie aufzuwenden. Aufgrund der aktuellen Anforderungen im Bereich des Vereins- und Steuerrechts stoßen ehrenamtliche Vorstände und Interessierte häufig an ihre Grenzen. Gerade die Positionen eines geschäftsführenden Vorstandes sind nicht zuletzt wegen der zahlreichen und zeitraubenden Verwaltungsaufgaben besonders schlecht zu vermitteln. Im schlimmsten Fall werden Vereine ohne Vorstand aufgelöst und vor allem die Angebote für Senior*innen, Familien, Kinder, Geflüchtete und weitere benachteiligte Bevölkerungsgruppen eingestellt. Das macht die Gesellschaft ärmer, in manchen Gemeinden kommt die Wohlfahrt zum Erliegen.